

Zeitbombe der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee entschärfen!

Die Torpedofunde in der Lübecker Bucht haben buchstäblich eine Altlast ans Licht gebracht: auf dem Grund von Nord- und Ostsee lagern Hunderttausende Tonnen Sprengköpfe, Seeminen, Wasserbomben und Kampfgifte wie Senfgas und Phosphor, die nach dem Zweiten Weltkrieg von den Alliierten und der deutschen Marine versenkt wurden.

Von **Rainer Steenblock**

Die traurige Bilanz des Weltkriegserbes in Nord- und Ostsee: mehr als 200 Tote und rund 300 zum Teil schwer Verletzte (Unfallstatistik von Stefan Nehring, Waterkant, Dezember 2007/März 2008).

Die Altlasten gefährden Fischer, Strandbesucher und Meeresökosysteme. Lange hielt sich die Einschätzung, dass es am

Ungefährlichsten sei, die Altlasten am Meeresgrund liegen zu lassen. Doch Ummantelungen konventioneller Munition können durchrosten, giftige Stoffe freigesetzt und unkontrollierte Explosionen ausgelöst werden. Alternative Verfahren sind unter Experten

umstritten. So kann die kontrollierte Sprengung unter Wasser Schallwellen verursachen, die z. B. Schweinswale gefährden. Ein „Blasenvorhang“, der Lärm und Druck vermindert, wird zur Zeit erprobt.

Für eine Bewertung reicht der aktuelle Kenntnisstand nicht aus. Daher sollte die



© Munitionsbergungsdienst Mecklenburg-Vorpommern

Bergung einer Seemine

Bundesregierung alternative Bergungs- und Entsorgungsmethoden prüfen und finanziell fördern. Das Hin- und Her-geschiebe von Zuständigkeiten zwischen den Behörden muss ein Ende haben. Wir brauchen ein Munitions-Kataster mit verlässlichen Daten über Lage, Art und Umfang der versenkten Giftstoffe. Der Hamburger Senat muss schnellstens die zentrale Unfallstatistik für alle deutschen Küstenländer veröffentlichen. Außerdem brauchen wir eine Meldepflicht für Munitionsunfälle und Kampfmittelfunde. Kampfmittelbelastete Flächen müssen in den Seekarten ausgewiesen und Phosphor belastete Strände wie Usedom und

Laboe deutlicher gekennzeichnet werden. Außerdem sollte die Bundesregierung auf eine Lösung des Altlastenproblems im Rahmen der Europäischen Meerespolitik drängen.

Auf meine Initiative hin wird die grüne Bundestagsfraktion den Antrag „Die Zeitbombe der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee entschärfen!“ in den Bundestag einbringen. Auf dem Landesparteitag am 19.4. wollen wir den Antrag „Europäischer Tag des Meeres: Problem der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee endlich anpacken!“ beschließen. Beide Anträge findet Ihr unter www.rainder-steenblock.de



Rainer Steenblock, europapolitischer Sprecher Bündnis 90/Die Grünen

Abgehängt auf der Datenautobahn: Schleswig-Holstein auf der Kriechspur



aboutpixel/gyross

Eine schnelle Internetverbindung, also eine Breitband-Internetversorgung, ist in weiten Teilen Schleswig-Holsteins immer noch Fehlanzeige. Der Breitbandatlas, der die Versorgung der Republik mit Kommunikationstechnologien abbildet, zeigt das Elend in seiner ganzen Bandbreite: In den Städten und dem Umland ist die Versorgung recht gut. Sobald die Regionen ländlich werden, kann man aber nur noch von Unterversorgung sprechen. Da macht es keinen Unterschied, ob man in Nordfriesland oder im Kreis Segeberg lebt. Die Internetversorgung in der Fläche ist schlichtweg unzureichend.

Problematisch für Privatpersonen und Unternehmen

Dabei sind gerade die Unternehmen im ländlichen Raum auf das schnelle Internet angewiesen. Handel, Handwerk und Dienstleistungen können ihre Zusammenarbeit mit Kunden und Lieferanten mit der schnellen Datenübertragung verbessern. Die Unternehmen der Tourismusbranche benötigen es, um sich selbst zu präsentieren und Besucherinnen und Besuchern eine reibungslose Kommunikation zu bieten. Kurzum: Die kleinen Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein brauchen das schnelle Internet, um strukturelle Nachteile auszugleichen. Und auch Privatpersonen, die übers Internet einkaufen oder ihre Steuerklärung online abgeben wollen, haben in ländlichen Regionen das Nachsehen – und die höheren Preise.

Deutschland bei Breitbandversorgung europaweit nur Mittelfeld

Schon in unserem Nachbarland Dänemark, das sich strukturell gar nicht so sehr von Schleswig-Holstein unterscheidet, hat jeder dritte Mensch Zugriff auf schnelles Internet – in Deutschland nur jeder sechste! Um Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken und Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu halten, muss sich also dringend etwas bewegen.

Versorgung nicht nur schlechter, sondern auch teurer

Dass die Preise für Telefon und Internet in den Metropolen in den letzten Jahren gefallen sind, merkt man auf dem Land meist gar nicht. Wenn es dort überhaupt schnelles Internet gibt, dann ist es oft teurer als in der Stadt. Die ländliche Versorgung mit flächendeckenden Kommunikationstechnologien ist für die Wirtschaft schlichtweg unrentabel. Deshalb ist der Staat hier gefordert, Wettbewerbsnachteile konsequent auszugleichen. Bisher gibt es zwar verschiedene Fördermöglichkeiten, doch diese existieren unkoordiniert nebeneinander und werden kaum in Anspruch genommen. Immerhin unterstützte das Land Schleswig-Holstein die Kommunen im vergangenen Jahr beim Breitbandausbau und gab hier bis zu 50 Prozent der Kosten, maximal aber 75.000 Euro, dazu. Nur schade, wenn kaum jemand von diesen Fördermöglichkeiten weiß...

Grüne fordern Kraftakt für flächendeckende Internetversorgung

Wir haben im Bundestag daher ein Paket von Maßnahmen vorgeschlagen, um schnelle Erfolge zu erzielen. Als erstes brauchen wir dringend eine solide Datenbasis. Dann können sich Telekommunikationsunternehmen informieren, in welchen Gebieten der Bedarf an Breitbandanschlüssen besteht und der Ausbau dort beschleunigt werden. Zusätzlich fordern wir eine einheitliche Informationsplattform. Sie soll über Fördermöglichkeiten von Seiten der EU, des Bundes, der Länder und Kommunen informieren. Ebenso kann sie ein Treffpunkt für Internetinteressente und Investoren sein. Auf dieser Plattform kann zusätzlich über Technologien informiert werden, die sich neben DSL zum Breitbandanschluss eignen.

Verkehrsminister Tiefensee hat 13 Milliarden zur Infrastrukturförderung zur Verfügung. Wir meinen: ein Teil davon sollte von der Straße auf die schnelle Datenautobahn verlagert werden. Allerdings sollte auch eins klar sein: Helfen diese Maßnahmen nicht, müssen weitere Schritte folgen. Falls bis Ende 2009 nicht alle Haushalte und Unternehmen Zugang zu einem bezahlbaren, schnellen Internetanschluss haben, muss vom Gesetzgeber eine Mindestversorgung festgeschrieben werden. Nur so können wir den Anforderungen der Informations- und Wissensgesellschaft auch in Schleswig-Holstein Stand halten.



Grietje Bettin,
mediopolitische Sprecherin
Bündnis 90/Die Grünen

A 20: Verkehrsprognosen sind überaltet!

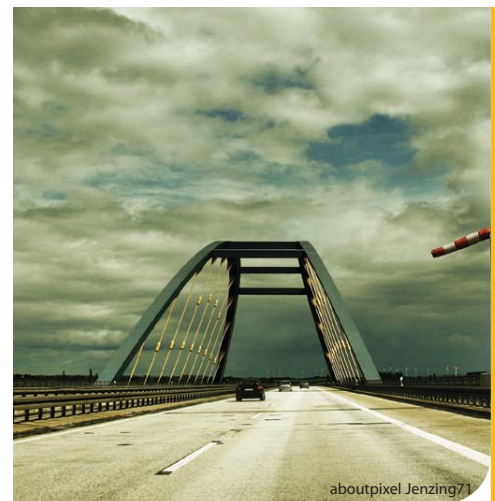
rs Verkehrswirtschaftliche Untersuchungen müssen den Nutzen der Projekte, wie den Bau der Elbquerung der A 20, nachweisen. In dem Gutachten von 1998 für die Elbquerung der A 20 sind Verkehrszahlen aus dem Jahr 1993 Grundlage. Damit wurde der Kosten-Nutzen-Faktor für die Elbquerung der A 20 berechnet. Inzwischen gibt es über Verkehrszählungen aus dem Jahr 2005 neue belastbare Zahlen, die wichtige neue Trends zeigen. Die Verkehre sind an fast allen Messpunkten deutlich rückläufig, besonders auf den Ost-West-Verbindungen, wie der A 24 von der Landesgrenze bis Reinbek und der B 206 zwischen Lübeck und Bad Bramstedt. In Teilbereichen ist der Verkehr von 1995-2005 um 13,79% gesunken.

Die Gutachter haben Prognosen für das Jahr 2010 erstellt und die Elbquerung mit ihren Auswirkungen eingerechnet.

Ein Vergleich mit den neuesten Zahlen zeigt zwei Tendenzen: Im direkten Hamburger Rand treffen die Prognosen zu. Aber ca. 20 km von Hamburg entfernt erweisen sich die Prognosen als falsch. Genau für diese Fernverkehre war die A 20 geplant. Doch auf den Straßen fahren schlicht weniger Fahrzeuge als erwartet.

Die verkehrswirtschaftliche Untersuchung muss umgehend neu erstellt werden. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Baukosten der Querung und der veränderten verkehrspolitischen Rahmenbedingungen sollte dieses Projekt im Bundesverkehrswegeplan dann anderen Verkehrsprojekten, wie den dringend notwendigen Bahnanbindungen der Häfen, weichen.

Weitere Informationen und die genauen Zahlen können im Wahlkreisbüro erfragt werden. ●



Rückläufige Verkehrszahlen

Wahlkreisbüro Steenblock

Barbara Laubheimer
Thorsten Berndt
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553987
Telefax 04101 553986
rainder.steenblock@wk.bundestag.de

Berliner Büro

Manuela Siebert
Irene Hahn
Pia Kohorst
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-72056
Telefax 030 227-76056
rainder.steenblock@bundestag.de

▶ www.rainder-steenblock.de

Gefangen im Netz: Wo beginnt die Sucht?

gb Fast jeder nutzt sie täglich, viele empfinden sie als enorme Arbeitserleichterung: Computer, Internet und Co. Ein Arbeits- und Privatleben ohne digitale Hilfsmittel ist kaum noch vorstellbar. Doch neben dem positiven Nutzen bringen neue Medien auch Gefahren mit sich. Für viele Menschen ist der Umgang mit Chatforen, Online-Rollenspielen, Pornografischen Onlineangeboten oder Einkaufen über das Internet zur Sucht geworden. Es gelten etwa 1 Mio. Deutsche als onlinesüchtig oder stark suchgefährdet. Darauf muss die Politik eine Antwort finden!

Nach einer Veranstaltung im Mai vergangenen Jahres hat die grüne Bundestagsfraktion nun im Januar auf meine Initiative einen Antrag beschlossen, um der Mediensucht entgegen zu treten.

Bisher haben sich nur wenige Einrichtungen auf die Beratung und Behand-

lung von Medienabhängigen spezialisiert. Das Thema wurde schlichtweg bisher nicht ernst genug genommen. Deshalb muss Medienabhängigkeit als eigenständige Suchterkrankung anerkannt werden, damit gezielt Therapiemaßnahmen gefördert werden können.

Daneben halte ich es für geboten, besondere Maßnahmen für Online-Rollenspiele zu treffen; verpflichtende Warnhinweise, Spieldauereinblendungen und die Begrenzung der wöchentlichen Spielzeit für Minderjährige sind simple aber wirksame Maßnahmen, damit Online-Spielen nicht zur Sucht wird.

Damit sich ein Mensch nicht in der Virtuellen Welt verliert, ist die immer wieder von mir geforderte Vermittlung von Medienkompetenz von entscheidender Bedeutung. Der Umgang mit Medien setzt allgemein ein hohes Maß an individueller Analyse- und Bewertungsfähigkeit voraus. Wichtige

Informationen müssen selbständig von überflüssigen Informationen getrennt und in sinnvolle Zusammenhänge gestellt werden können.

Den Antrag „Medienabhängigkeit bekämpfen – Medienkompetenz stärken“ findet Ihr auf www.grietje.de ●

Wahlkreisbüro Bettin

Claudia Prehn
Florian Bernstorff
Fabian Frei
Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel
Telefon 0431 5578262
Telefax 0431 5578224
grietje.bettin@wk.bundestag.de

Berliner Büro

Konstanze Ullrich
Nina Morschhäuser
Stephan Kolbe
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052
Telefax 030 227-76051
grietje.bettin@bundestag.de

▶ www.grietje.de